

Unbenannt

27. Februar 2008
Pressemitteilung von Monika Knoche

Bund muss Heroin-Therapie weiter finanzieren

"Die SPD muss sich endlich aus der Umklammerung der CDU/CSU lösen und vor allem im Interesse von Städten und Kommunen, die von der Heroin-Problematik direkt betroffen sind, mit den Oppositionsfraktionen den Weg zu einer gesetzlichen Regelung für die weitere Abgabe von Heroin für Schwerstabhängige freimachen", so Monika Knoche zu Regierungsplänen, sich aus der Finanzierung der Heroin-Therapie für Schwerstabhängige zurückzuziehen. Die drogenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE erklärt weiter:

"Da die Heroinsubstitution kein Gegenstand des Koalitionsvertrages ist, gibt es keinen Grund, sich dem richtigen und medizinisch vertretbaren Weg der Gesetzesänderung nicht zu gehen. Die Städte, die sich nach humanistischen Prinzipien offen für die Notlage von Heroin-Abhängigen zeigen, dürfen nicht allein gelassen werden. Deshalb fordert DIE LINKE die Beratung des Gesetz-Entwurfs im Plenum des Bundestages".

F. d. R. Beate Figgner